

B 4 Chancen für alle! Was wir nicht erst seit der Corona-Krise für ein gerechtes Bildungssystem tun müssen

Antragsteller*in: Steffen Regis (KV Kiel), Malte Krüger (KV Steinburg), Birte Schramm (KV Flensburg), Hans-Peter Hopp (KV Ostholstein), Ann-Kathrin Tranziska (KV Pinneberg), Marlene Langholz-Kaiser (KV Flensburg), Benita von Brackel-Schmidt (KV Flensburg), Mayra Vriesema (KV Nordfriesland), Bruno Hönel (KV Lübeck), Regine Planer-Regis (KV Hzgt. Lauenburg), Denise Loop (KV Dithmarschen)

Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

Antragstext

1 In der Corona-Krise werden gesellschaftliche Probleme wie durch ein Brennglas
2 fokussiert. Aber nicht nur das: Die Corona-Krise verschärft soziale
3 Ungleichheiten und zeigt auf, wie dringend wir Zukunftsinvestitionen in die
4 Bildung und eine bildungspolitische Gerechtigkeitswende brauchen.

5 Für uns erwächst aus den Beobachtungen der Corona-Zeit der politische Auftrag,
6 die seit Jahrhunderten bestehende und immer noch schmerzlich bemerkbare deutsche
7 Bildungsungerechtigkeit abzubauen. Denn: Deutschland hat bei der Frage der
8 Chancengleichheit im internationalen Vergleich eines der schlechtesten
9 Bildungssysteme. Die soziale Herkunft eines Kindes bestimmt in Deutschland
10 wesentlich dessen Bildungschancen („Bildungstrichter“). Kinder aus nicht-
11 akademischen Haushalten haben deutlich schlechtere Chancen auf einen höheren
12 Bildungsabschluss. 21 % dieser Kinder nahmen 2016 ein Studium auf, dem stehen 74
13 % der Kinder aus Akademiker*innenhaushalten gegenüber. Akademiker*innenhaushalte
14 machen aber in der Bevölkerung nur etwa 22 % aus. Wer aus einer wohlhabenden
15 Familie kommt, ist deutlich im Vorteil gegenüber Menschen aus Familien mit
16 geringen finanziellen Ressourcen. Familien mit höheren Einkommen können ihren
17 Kindern leichter finanzielle Unterstützung geben und ihnen somit einen gewissen
18 Freiraum bieten, um früh Talente zu entwickeln und einen besseren Bildungsstart
19 zu haben. In der Folge ist es für sie leichter, einen höheren Abschluss zu
20 erreichen und einen höheren Karriereweg einzuschlagen, wovon deren Kinder
21 wiederum profitieren können. Dass die Vermögensverteilung zwischen Elternhäusern
22 darüber entscheidet, wie Kinder und Jugendliche Begabungen entwickeln können und
23 welche Zukunftschancen ihnen offenstehen, ist ein brisantes
24 Gerechtigkeitsproblem, welches sich in der Corona-Krise verschärft.

25 Viele junge Menschen können sich oft keine Ausbildung leisten, weil diese mit zu
26 hohen Kosten verbunden sind. Wer kann, muss oft von Ersparnissen leben, nebenbei
27 arbeiten oder ist vom Elternhaus finanziell abhängig. Die finanzielle
28 Unterstützung für Ausbildungen ist unzureichend und altersdiskriminierend. Dass
29 aus diesen Gründen zahlreiche Ausbildungsplätze nicht besetzt sind, stellt uns
30 auch gesellschaftlich vor große Probleme: Für die anstehende sozial-ökologische
31 Transformation der Wirtschaft werden wir alle Kompetenzen, für Theorie und
32 Praxis, brauchen.

33 Die Corona-Situation war und ist eine radikale Veränderung des Lebensalltags,
34 die oft einhergeht mit einem Gefühl der Ohnmacht gegenüber Entscheidungen, die
35 von außen über die Köpfe hinweg getroffen wurden. Über Kinder und Jugendliche
36 wurde viel gesprochen, über Auszubildende, Studierende und Lehrende schon
37 weniger. Oft erfuhren alle Beteiligten erst aus den Nachrichten, welche Regeln

38 in den nächsten Tagen gelten werden. Zerrieben im dysfunktionalen
39 Bildungsföderalismus wurde entschieden, nicht-entschieden oder falsch
40 entschieden, eine gemeinsame Bewältigung der Krise fand kaum statt. Auch in
41 Schleswig-Holstein wurden Fehler gemacht. Lehrkräfte, Schüler*innen und Eltern
42 haben durch enormen persönlichen Einsatz vieles kompensiert, sind zum Teil aber
43 auch zurecht von Entscheidungen und unausgegorenen politischen Vorstößen
44 enttäuscht. Es muss eine Aufarbeitung und kritische Reflexion des sozialen und
45 bildungspolitischen Umgangs mit der Pandemie erfolgen, wobei insbesondere die
46 Entscheidungsfindung zu reflektieren ist.

47 Es ist kaum zu rechtfertigen, dass Schulen, Schüler*innen-, Ausbildungs- und
48 Studierendenvertretungen oft nur Beiwerk bei Entscheidungen sind. Gerechtigkeit
49 hängt auch davon ab, politisch Gehör zu finden und strukturell an politischen
50 Entscheidungen beteiligt zu sein. Unsere plurale Demokratie würde gestärkt, wenn
51 Parlamente und Regierungen ein ausgeglicheneres Generationenverhältnis hätten.
52 Nur 2 % der Abgeordneten des Deutschen Bundestages waren bei ihrer Wahl 2017
53 jünger als 30 Jahre. 2018 machten die 20- bis 29-Jährigen immerhin 11,8 % der
54 Bevölkerung aus. Dabei sind politische Entscheidungen das Eine, das alltägliche
55 Erleben der Werte und Chancen in der Demokratie das Andere. Wir können auch in
56 Kitas, Schulen und Hochschulen mehr Demokratie wagen, um unsere Demokratie zu
57 festigen und sie von frühen Kindertagen an als positiven Rahmen zu erlernen. Es
58 würde nicht über Köpfe hinweg entschieden, sondern miteinander nach den besten
59 Lösungen gesucht.

60 Bildung braucht Priorität

61 Wenn wir die bestehenden Ungerechtigkeiten strukturell abbauen wollen und
62 künftig Talente, Genies und Impfstoff-Entdecker*innen auch dann unterstützen und
63 fördern wollen, wenn sie es zuhause nicht leicht haben, wenn wir wirklich
64 niemanden mehr durchs Raster fallen lassen wollen, dann bedeutet das ein
65 deutliches Bekenntnis und entschiedenes Handeln für ein Bildungssystem, das
66 unabhängig von der finanziellen Ausstattung der Elternhäuser allen die gleichen
67 Chancen bietet. Wir verlieren als ganze Gesellschaft, wenn wir weiter in einem
68 unterfinanzierten Bildungssystem festhängen. Für uns GRÜNE steht fest, dass mehr
69 öffentliche Finanzmittel für das Bildungssystem zur Verfügung gestellt werden
70 müssen. Anders als zum Beispiel in den skandinavischen Ländern sind bei uns
71 Privatschulen verbreitet. Diese sorgen dafür, dass im Schulsystem verschiedene
72 Niveaus von Schulfinanzierungen strukturell etabliert sind. Eine
73 Neustrukturierung dieses Gefälles ist aus verfassungsrechtlicher Sicht nicht
74 einfach möglich. Aus diesem Grund muss staatliches Handeln darauf ausgerichtet
75 sein, eine bessere Finanzierung allgemeinbildender Schulen zu erreichen.

76 Bringt die Corona-Pandemie unweigerlich „verlorene Jahrgänge“? Nein. Denn es
77 gibt sie, die beispielhaften Schulen, Bildungsangebote und vor allem unendlich
78 viele engagierte Menschen, die ihr Bestes geben, um junge Menschen in der
79 Pandemie zu unterstützen und Nachteile von ihnen abzuwenden. Es funktioniert
80 schon im Kleinen und es kann für alle funktionieren. Jetzt gibt es die Chance,
81 vorhandene Umbrüche zu nutzen und das Bildungssystem gerecht zu transformieren.
82 Die Entscheidungen, die wir heute fällen, sind richtungsweisend für den
83 zukünftigen Wohlstand aber auch den Weg unserer Gesellschaftsordnung. Jetzt
84 können wir zeigen, dass wir den weitreichenden Corona-Folgen begegnen und die
85 Strukturen sozialer Ungerechtigkeit mit politischer Entschlossenheit bekämpfen
86 wollen.

87 Deshalb: Priorität für Bildung!

88 Dafür brauchen wir:

89 1. Einen neuen gesellschaftlichen Konsens! Finanzielle Ressourcen in immensem
90 Umfang müssen in das Bildungssystem verlagert werden und dabei dem Ziel
91 von mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit entsprechend
92 eingesetzt werden. Mehr Betreuer*innen, Erzieher*innen und Lehrende für
93 kleinere Gruppen, soziale und pädagogische Unterstützung, hochwertige
94 Ganztagsangebote und niedrigschwellige Anlaufstellen für Schwierigkeiten
95 aller Art. Moderne Gebäude, technische und digitale Ausstattung, die
96 besten Lernmittel um zeitgemäßes Lernen zu ermöglichen. Finanzielle
97 Zugangshürden und insbesondere Gebühren im Bildungsbereich müssen wir
98 abbauen, da sie soziale Ungerechtigkeiten weiter verstärken. Die
99 Bildungsetats von Bund und Ländern müssen dafür deutlich steigen. Während
100 Deutschland 2017 4,2% des Bruttoinlandsprodukts für Bildung ausgab, waren
101 es im Durchschnitt der OECD 4,9% und beim Spitzenreiter Norwegen 6,6%.
102 Hier besteht erheblicher Nachholbedarf.

103 2. Den konsequenten Abbau finanzieller Bildungshürden. Es wäre eine massive
104 Erleichterung, wenn finanzielle Anforderungen, wie Kosten für Schulbücher
105 und Lernmaterialien, Kosten für den Transport zur Schule, Gebühren für
106 soziale Ausbildungen, Studienverwaltungsgebühren, Gebühren für die
107 Teilnahme an Studieneingangstests und/oder Sprachtests abgeschafft würden.
108 Mit kostenlosen Weiterbildungen wird es für Menschen leichter, (wieder) zu
109 lernen, egal in welcher Lebenslage sie sich gerade befinden. Ein
110 Bildungsbudget für jede*n Bürger*in kann dafür ein neues Instrument sein,
111 welches den Menschen neue Türen öffnet und sie selbst über weitere
112 Bildungswege entscheiden lässt.

113 3. Bildungsbrücken bauen! Ein umfassendes Betreuungsangebot, erweiterte
114 Ganztagsbetreuung mit hochwertigen Angeboten, unterstützt durch
115 Bildungslots*innen oder -pat*innen und Tutor*innen in Schulen, Hochschulen
116 und kostenlose Summer Schools wirken unmittelbar und beugen weiteren
117 Entwicklungsproblemen vor. Das Engagement der Lehrer*innen wird
118 unterstützt durch multiprofessionelle Teams, die ihre Fähigkeiten in
119 speziellen Bereichen wie der Sprachförderung, Inklusion, Digitalisierung,
120 Berufsorientierung oder Sozialpädagogik einbringen. Bei Ferienkursen
121 könnten neue soziale Kontakte geknüpft, Freizeit erlebt und freiwillig
122 Wissenslücken geschlossen werden. Die Eingangsphase an Hochschulen kann
123 nach dieser schweren Zeit für ein „0. Semester“ genutzt werden, um
124 Wissenslücken zu schließen, Orientierung zu geben und spätere
125 Studienabbrüche verringern. Diese Möglichkeiten bieten Kindern,
126 Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Chance, sich bestmöglich zu
127 entwickeln, eigene Talente zu entdecken und dabei gezielt gefördert zu
128 werden. Für das alles benötigen wir einen bundesweiten
129 Bildungsrettungsfonds.

130 4. Ausbau der psychologischen Erstanlaufstellen insbesondere für Kinder,
131 Jugendliche und junge Erwachsene! Das psychotherapeutische und
132 psychosoziale Angebot muss überall erweitert werden, sodass auch
133 diejenigen wieder Halt finden, denen diese Krise so schwer zu schaffen

- 134 macht. Der Ausbau der psychologischen Therapieangebote ist dringend
135 notwendig, da die Versorgung in diesem medizinischen Bereich schon vor der
136 Pandemie dramatisch unterentwickelt war und nun noch mehr unter Druck
137 stehen wird. Eine kurzfristige deutliche Steigerung der Kassenzulassungen
138 von Therapeut*innen ist geboten.
- 139 5. Eine umfassende Reform der Bildungsfinanzierung! Es muss allen Menschen–
140 egal aus welchem Elternhaus – ermöglicht werden, ein Studium oder eine
141 Ausbildung zu absolvieren. Ohne Altersgrenzen, losgelöst vom Elternhaus
142 und als Zuschuss statt als Kreditlast wäre all denjenigen die Angst vor
143 finanziellen Problemen genommen, die ohne eigenes Vermögen neue
144 Bildungswege gehen wollen. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Folgen
145 der Pandemie würde dies nicht nur Existenzängste abmildern, sondern neue
146 Chancen für die gesellschaftliche Entwicklung eröffnen.
- 147 6. Demokratie von klein an erleben! Demokratie zum Mitmachen darf es nicht
148 erst ab dem 16. oder 18. Geburtstag bei Parlamentswahlen geben. Kitas,
149 Schulen und Hochschulen sollten zu neuen Räumen des demokratischen
150 Miteinanders werden, in denen Kita-Kindern, Schüler*innen, Auszubildenden
151 und Studierenden mehr demokratische Instrumente zustehen. Das festigt
152 nicht nur die Demokratie an sich, sondern stärkt auch das Miteinander und
153 die Legitimierung von Entscheidungen.
- 154 7. Ein Investitionsprogramm für Bildungsorte! Um erfolgreich lernen, lehren
155 und arbeiten zu können, muss moderne Ausstattung – digital und analog –
156 vorhanden sein, also Leihgeräte, Bücher, flächendeckendes WLAN usw.
157 Sanierungsmaßnahmen und ansprechende Neubauten können Schulen und
158 Hochschulen ein neues Lernklima ermöglichen, sie zu Wohlfühl-, Kreativ-
159 und Erlebnisorten, zu Orten der Chancen machen.
- 160 8. Eine Personaloffensive für Kitas, Schulen und Hochschulen, um jedem
161 Menschen die nötige Aufmerksamkeit auf seinem Lernweg zu geben und die
162 Qualität in Forschung und Lehre hoch zu halten. Dieses Personal muss auch
163 durch gute Gehälter, faire und kontinuierliche Arbeitsbedingungen genau
164 die Wertschätzung erfahren, die diese anspruchsvollen Berufe längst
165 verdient haben. Dazu gehört auch, Ausbildungen weiter zu
166 professionalisieren und von Ausbildungsgebühren zu befreien.
- 167 9. Eine kritische Weiterentwicklung der Prüfungskultur an Schulen und
168 Hochschulen! Freiheiten zum Lernen sollen sein und nicht durch massenhafte
169 Prüfungen eingeschränkt werden. Prüfungen an Schulen und Hochschulen
170 müssen viel kritischer und nach ihrem Ziel der Kompetenzorientierung
171 hinterfragt sowie Prüfungsmodalitäten entbürokratisiert werden, damit
172 Leistungsdruck reduziert wird. Ziel sollte auch eine frühe Vermittlung
173 eines Grundverständnisses von Wissenschaftlichkeit sein. Frei denken,
174 Fehler machen dürfen und experimentieren, auch ohne unmittelbaren
175 Verwertungsdruck, ist eine Notwendigkeit um Kreativität und
176 gesellschaftliche Innovationen zu ermöglichen.

Begründung

„Alles wird gut“, „mach dir keine Sorgen“, Sätze wie diese sollen Zuversicht und Sicherheit geben. Zuversicht und Sicherheit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, dass sich die Dinge zum Guten entwickeln werden, sie Hilfe und Unterstützung erhalten, dass ihre Zukunft voller Möglichkeiten und Freude sein wird. Viele Kinder und junge Menschen werden diese Sätze auch in der Zeit der Corona-Pandemie oft gehört haben – und viele werden sich darauf verlassen. Darauf verlassen, dass es schon irgendwie klappen wird, auch wenn sie im Chaos zwischen Notbetreuung ja oder nein, zwischen Präsenz-, Wechsel- und Kohortenunterricht und zwischen Videokonferenzen und Online-Lernmaterial versinken, vor allem aber dann, wenn sie unter dem immensen psychischen Druck der Ausnahmesituation einer Pandemie leiden. Kitas, Schulen, Hochschulen, Bibliotheken und damit alle Lernorte wurden früh geschlossen, der ohnehin immense Leistungsdruck hielt jedoch überall an.

Ein kleines Kind, das im Sommer 2020 den großen Schritt weg von den Eltern zu den Erzieher*innen und anderen Kindern in der Kita machen sollte, erlebt nur noch Vertröstungen und gestresste Eltern, die die Betreuung und Bildung irgendwie und ganz anders regeln müssen. Die Großeltern dürfen nicht kommen, die anderen Kinder vom Spielplatz bleiben weit weg und frühkindliche Musik- und Sportkurse fallen sowieso aus. Erfahrenen Kita-Kindern ging es kaum besser, denn sie vermissen den gerade erlernten neuen Alltag, die anregende Lernumgebung und die neuen Freund*innen. Dabei ist doch besonders die frühkindliche Bildung, auch die Sprachförderung der Kitas, so wichtig, um Kindern einen guten Start in die Schule zu ermöglichen.

Schüler*innen, für die Freund*innen und die Clique mit jedem Lebensjahr wichtiger wird, erleben soziale Isolation. Keine Online-Verbindung kann das ersetzen. Und selbst bei größtem Engagement der ebenfalls ins kalte Wasser geworfenen Lehrkräfte ist weder die Internetverbindung noch der eigene Schreibtisch in ruhiger Umgebung gesichert. Speziell für jüngere Schüler*innen war das eine befremdliche und belastende Situation, die sich auf ihre weitere Entwicklung auswirken wird. Für manche Schüler*innen waren es Wochen und Monate, in denen sie alleine vor Mathe und Englisch saßen. Die Aufgabe und ich. Mehr nicht.

Schaffe ich es jetzt noch in meine Wunschausbildung oder -studiengang? Die Pandemie hat geplante Bildungswege erschwert oder verbaut, und das oftmals aus finanziellen Gründen. 40% der Studierenden verloren durch die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie ihren Job, Auszubildende sahen die Berufsschule nur für kurze Zeit von innen und stehen nun verunsichert vor ihren Zwischenprüfungen und schwierigen beruflichen Perspektiven. Viele mussten Kredite aufnehmen, teils aus finanzieller Not zu ihren Eltern zurückziehen oder ihr Studium abbrechen. Die im Vergleich zu den Wirtschaftshilfen lächerlichen staatlichen Überbrückungshilfen für Menschen in Ausbildungsphasen linderten die Not kaum. Die Ungerechtigkeiten, die Auszubildende und Studierende während der Pandemie erfahren, sind sozial ungleich verteilt. Denn wer gerade seinen Studi-Job in der Gastronomie verliert und vom Elternhaus keine Unterstützung bekommt, bricht eher das Studium ab. Wer die finanziellen Mittel für ein eigenes Arbeitszimmer mit ergonomischem Schreibtisch und Bürostuhl zum Studieren hat, profitiert nicht nur körperlich, sondern vor allem mit einer höheren Leistungsfähigkeit gegenüber denjenigen, die zu dritt in der WG-Küche im wackeligen WLAN sitzen müssen. Hinein mischte sich bei vielen große Unsicherheit über ihre wirtschaftliche und persönliche Situation: Reichen meine Noten? Wie finanziere ich meinen Lebensunterhalt? Wie halte ich noch länger in meinem 12 m² Zimmer in der Übergangs-WG aus? Hält mein altes Laptop durch? Mit wem kann ich über meine Sorgen sprechen? Wo bekomme ich Hilfe? Wie geht es weiter?

War es bei den einen die Einsamkeit am Beginn einer Ausbildung oder eines Studiums in einer neuen Stadt, so machte anderen die Enge zuhause zu schaffen. Der fehlende soziale Kontakt zu alten Freund*innen und neuen Kommiliton*innen hinterlässt auch bei jungen Erwachsenen Spuren und Wunden, die geheilt werden müssen. Die fehlende Präsenz ließ einen alleine zurück im Dschungel von Aufgaben und neuen Strukturen, Versagensängste und Kontaktschwierigkeiten machten sich breit und

besonders das Verstehen impliziter Regeln der Hochschule blieb denen vorbehalten, die es zuhause am elterlichen Frühstückstisch besprechen konnten.

Zu den direkten Belastungen durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie kamen schlimmstenfalls sogar Vernachlässigung und Gewalt hinzu. Diese so prägende Kindheits- und Jugendphase wurde unvermittelt gestört durch ein Jahr voller Entbehrung, und Einsamkeit und führten zu verschärfter sozialer Ungleichheit. Während die Maßnahmen tapfer akzeptiert wurden, aus Überzeugung und im festen Willen vom Virus besonders gefährdete Menschen zu schützen, schwand eine Zeit der Entdeckungen, der vielfältigen Möglichkeiten und unvergesslichen Begegnungen dahin. Die Ohnmacht, die viele Menschen gerade spüren, wird gesellschaftliche Langzeitfolgen haben.

Das macht was mit jedem und jeder Einzelnen! Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind eine der verletzlichsten Gruppen – und zugleich sind sie die Zukunft unserer Gesellschaft. Die Erfahrungen der Corona-Jahre sind der Rucksack, der allen aufgebürdet wird, der prägend und beeinflussend für eine ganze Generation sein wird. Dabei sind sie unsere Hoffnungsträger*innen, die change agents der Zukunft, die zudem noch mit den gewaltigen Belastungen der Klimakrise umgehen müssen. Wir alle sollten das sehen, anerkennen und Konsequenzen für unsere Politik daraus ziehen. Das Mindeste ist es doch jetzt, energisch für einen solidarischen Umbau unseres Bildungssystems zu streiten, der Sicherheit gibt und neue Chancen eröffnet.

Unterstützer*innen

Carola Köster-Wiens (KV Lübeck); Jasper Balke (KV Lübeck); Björn Hennig (KV Ostholstein); Anke Johannsen (KV Ostholstein); Petra Kärigel (KV Pinneberg); Nadine Mai (KV Pinneberg); Leon Bossen (KV Flensburg); Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde); Sven Gebhardt (KV Flensburg); Sina Clorius (KV Schleswig-Flensburg); Kim-Kathrin Lewe (KV Kiel); Uta Röpcke (KV Hzt Lauenburg); Nicolaj Flemming (KV Kiel); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Jan Karthäuser (KV Ostholstein); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg)